

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. Juni 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 69

### Produktive Erwerbslosenfürsorge

Eines der größten wirtschaftlichen Äbel unrer Zeit ist die ungeheure Erwerbslosigkeit vieler Hunderttausender arbeitsfähiger Menschen. Der ganze Wahnsinn der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung spiegelt sich in dem Elend der Erwerbslosen wider. Die materiellen Kosten, die zur Linderung dieses Elends vom Reiche, von den Ländern und aus privaten Quellen (Gewerkschaften usw.) tagtäglich geopfert werden, haben sich schon zu Milliarden summiert. Und dennoch bleibt fast alles, was auf diesem Gebiete bisher getan wurde, nur Sisyphusarbeit. Denn die ungeheuren Summen, die in Form von Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt werden, bedeuten für die vom Schicksal der Erwerbslosigkeit Betroffenen nur Tropfen auf einen heißen Stein, halten sie nur am äußersten Rande des wirtschaftlichen Abgrundes, bieten ihnen keinen Lichtblick und keinen Hoffnungstrahl auf eine bessere Zukunft, weil mit jeder Woche längerer Erwerbslosigkeit trotz Erwerbslosenunterstützung das Niveau ihrer Lebenshaltung immer tiefer sinkt und alles zermalrende Verzweiflung wie ein furchtbares Gespenst jedem noch ehrlichen Erwerbslosen immer greifbarer näher rückt. Und die ungeheuren Kosten dieser „Sanatiden“, „Fürsorge“ belassen die Produktivität der Arbeitsleistung der schaffenden Kräfte, erhöhen die Staatslasten, die Steuern und damit die Preise der Lebensmittel, neben dem Ausfall ungeheurer Werte der infolge Erwerbslosigkeit brachliegenden Hunderttausende von menschlichen Arbeitskräften. Materielle und moralische Schuld häuft sich auf Schuld, den Arbeitenden zur immer größeren Last und den von der Arbeit Ausgeschlossenen zum Sohn.

Die rationellste und sicherste Lösung dieses unheilvollen Zustandes wäre die sofortige und vollständige Unterbringung aller arbeitsfähigen deutschen Männer im Produktions- und Verteilungsprozess der deutschen Volkswirtschaft, und zwar unter vorläufiger Verkürzung der täglichen Arbeitszeit mit entsprechender Echneneinteilung zur rationellsten Verwertung aller Produktionsmittel und Betriebsanlagen bei Fortzahlung des bisherigen Lohnes. Die Mittel zur Deckung der Kosten der verkürzten Arbeitszeit sind größtenteils jetzt schon vorhanden, und zwar in den riesigen Summen, die gegenwärtig für die öffentliche Erwerbslosenfürsorge in den Reichsstat eingestrichelt sind, nur mit dem Unterschiede, daß sie gegenwärtig noch für völlig brachliegende Arbeitskräfte geopfert werden. Alle Unternehmer in Gewerbe, Industrie und Handel müßten gefolgt verpflichtet werden, auf je zehn Arbeiter eine weitere Arbeitskraft einzustellen. Das hätte der Beteiligung einer Erwerbslosenzahl von weit über 10 Proz. gleich; ein Prozentsatz, der in Wirklichkeit zur Zeit noch nicht einmal zur Hälfte zu verzeichnen ist, denn alle deutschen Sachverbände zusammen verzeichnen für den Monat April im Gesamtdurchschnitt 3,9 Proz. Erwerbslose. Rechnet man dazu noch die durch unter acht Stunden verkürzte Arbeitszeit ausfallenden Arbeitsstunden im ganzen Reiche, so dürfte eine Erwerbslosigkeit von 10 Proz. immer noch ziemlich hoch gegriffen sein. Würde auf je zehn Arbeiter ein Erwerbsloser eingestellt werden, so würde bei entsprechender allgemeiner Verkürzung der Arbeitszeit auf jeden Arbeiter eine wöchentliche Verkürzung um nur rund fünf Stunden in Frage kommen. Der betreffende Unternehmer hätte nach diesem Vorschlage für jeden eingestellten Erwerbslosen mit der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge einen Wochenlohn zu verrechnen; aber nur dann, wenn er genötigt wäre, tatsächlich eine Verkürzung der Arbeitszeit für sein gesamtes Personal eintreten zu lassen. Vernünftiger rechnende Unternehmer dürften es sich jedoch reiflich überlegen, ob im Falle eines solchen Einstellungszwanges aller Erwerbslosen eine Verkürzung der Arbeitszeit tatsächlich vorteilhafter wäre oder nicht. Wenn man nämlich die Unternehmerpresse und die ihr gesinnungsverwandte Tagespresse liest, so wird darin für eine möglichst lange tägliche Arbeitszeit geschwärmt. Die Tatsache, daß dies auch in jenen Unternehmerkreisen geschieht, wo der Stücklohn vorherrschend ist, kann als Beweis dafür dienen,

daß weniger die Lohnfrage als vielmehr das Verlangen nach Steigerung der Ausnutzung der Produktionsmittel und der Betriebsanlagen dafür maßgebend ist. Dem Nachstundentage wird alles Unheil zugeschrieben, das über die deutsche Volkswirtschaft gekommen ist. Das ist ein aufschälliger Widerspruch zu der Tendenz, bei jedem auch noch so geringen Rückgange der Auftragsmenge sofort zur Kurzarbeit zu greifen. Volkswirtschaftlich betrachtet ist das nichts anderes als langsame Selbstvergiftung des Produktionsprozesses. Denn die Nachfrage nach Waren sinkt bei sinkender Kaufkraft der Bevölkerung, und zu letzterer gehören auch die Hunderttausende von Erwerbslosen. Werden diese in Lohn und Arbeit gebracht, so erhöht sich deren Kaufkraft und damit auch die Nachfrage nach Waren. Und letztere kann um so schneller und billiger bedient werden, je zahlreicher die Arbeitskräfte sind, die in den Produktionsprozess eingestrichelt sind und je rationeller infolgedessen die Produktionsmittel und Betriebsanlagen ausgenützt werden können.

Würden Vernunft und ehrlicher Wille in sozialer Hinsicht die gegenwärtige Wirtschaftsweise beherrschen, so wäre die Lösung der Erwerbslosenfrage in vorliegendem Sinne die einfachste und sicherste Rettung vor der privatkapitalistischen gegenseitigen Erdrosselung. In dem bekannten Worte „Nur Arbeit kann uns retten!“ haben wir in Wirklichkeit den Stein der Weisen. Er muß nur aufgearbeitet und in vernünftiger Weise in die Waagschale der menschlichen Wirtschaft, insbesondere aber in jene der deutschen Volkswirtschaft, geworfen werden. Es ist grenzenloser Wahnsinn, Tag für Tag Hunderttausende von arbeitsfähigen Menschen (400 097 am 1. Mai d. J. nach den amtlichen Feststellungen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung), die ehrlich arbeiten möchten, vom Produktionsprozess auszuschließen und sie unter Anziehung der Steuer-schraube mit almosenartiger „Fürsorge“ notdürftig vor dem Verhungern zu schützen. Man reiche sie läßt und entschlossen in die Armee der produktiv schaffenden Kräfte, erleichtere dadurch allen die Last der Arbeit und vermehre durch die Arbeitsleistungen der bisher Erwerbslosen den Umfang der Produktion, die Ausnutzung der Produktionsmittel und aller Betriebsanlagen; man entlastet dadurch gleichzeitig den Staat und gibt Milliardenausgaben frei für wirkliche und produktive Kulturaufgaben. Das ist der wahre Sinn und Zweck aller menschlichen Arbeit. Hunderttausende ihrer Kräfte zum Nichtstun verdammen, heißt die menschliche Wirtschaft mit unproduktiven Kosten belassen, die niemals aus dem gegenwärtigen Elend herausführen.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge, wie sie schon seit Anfang vorigen Jahres durch das Reichsamts für Arbeitsvermittlung praktisch zu verwirklichen gesucht wird, liegt teilsweise in der Richtung der vorstehend entwickelten Gedanken. Und wie unser Leser aus Nr. 54 des „Korr.“ aus dem Artikel des Kollegen Schliebs über „Notstandsarbeiten im Buchdruckgewerbe“ erfahren konnten, ist es nach vielen Bemühungen endlich gelungen, die produktive Erwerbslosenfürsorge auch für das deutsche Buchdruckgewerbe nutzbar zu machen. Die Verbindung dieser produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Milderung der Arbeitslosigkeit im deutschen Buchdruckgewerbe mit einer gleichzeitigen Abkühlung der Not der deutschen Wissenschaft hebt diese soziale Missaktion weit über das übliche Niveau dieser Fürsorge hinaus. Denn während der größte Teil der bisher vom Reiche subventionierten produktiven Erwerbslosenfürsorge sich auf Arbeitsgebiete oder Projekte erstreckte, deren praktischer Nutzen zum größten Teil nur für einzelne Gemeinden oder sonstige engere Kreise in Frage kommen kann, handelt es sich hier um die Inangriffnahme eines Problems, das in seiner Auswirkung der gesamten deutschen Volkswirtschaft, ja sogar der gesamten Geisteskultur der Menschheit zugute kommen könnte; vorausgesetzt, daß der in Angriff genommene Plan nicht in kleinlicher und engbergiger, sondern in möglichst großzügiger Weise zur Durchführung gelangt. Es kommen dabei zunächst mehr kulturelle Gesichtspunkte in

Frage als nur rein materielle. Denn während der größte Teil der bisherigen Notstandsarbeiten in erster Linie darauf abzielte, die Zahl der Erwerbslosen zu verringern, was selbstverständlich auch in sozialer Hinsicht von tieferer Bedeutung ist, so haben doch die dadurch erledigten Notstandsarbeiten nicht eine so allgemein wirkende kulturelle Kraft wie das hier in Frage kommende Problem der Herausgabe wissenschaftlicher Literatur, die ohne Eingreifen der produktiven Erwerbslosenfürsorge infolge der gegenwärtigen hohen Herstellungskosten unmöglich war, weil sich dafür kein Verleger fand oder die Verfasser selbst nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln die Drucklegungskosten vorzuschußeln zu übernehmen. Dadurch sind unzählige neue Fortschritte der deutschen Wissenschaft sowohl der geistigen wie der technischen Wissensgebiete nicht nur der breiteren Öffentlichkeit vorenthalten geblieben, sondern es fehlte auch die geistige Befruchtung durch weitere wissenschaftliche und kritische Untersuchungen der betreffenden Forschungsergebnisse. Wird also diese Semmung durch fakultätiges und objektives Eingreifen der produktiven Erwerbslosenfürsorge auf diesem Gebiete befestigt, so kann sich daraus eine Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf allen nur erdenklichen Gebieten ergeben, die das deutsche Volkleben, die deutsche Wirtschaft in ungeahnter Weise befruchten und neu beleben wird, und zwar zum Vorteil des ganzen Volkes. In diesem Sinne könnte die produktive Erwerbslosenfürsorge für das deutsche Buchdruckgewerbe in Verbindung mit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wirken wie ein Stein, dessen Welterung eine Lawine neuer geistiger Belebungen hervorruft.

In vorzüglicher Weise hat diesen fruchtbaren Gedanken seinerzeit Dr. Eisler (Gebalting) in Nr. 77 des „Korr.“ von 1920, also schon vor Jahresfrist, zur Darstellung gebracht, der damit unstreitig für sich in Anspruch nehmen kann, als Vater dieses Problems angesehen zu werden. Allerdings stellen seine Vorschläge weit über die bis jetzt angebahnte Lösung dieser Frage hinaus; sie waren leider auch nicht ganz frei von persönlichen materiellen Interessen und führten daher naturgemäß zu seiner mehr oder weniger nötigen Zurückdrängung, je weiter der Kerngedanke seiner damaligen Anregungen von andern sachverständigen und berufenen Kreisen, sowohl innerhalb der Gelehrtenwelt wie in untern Kollegenkreisen (München) praktisch zu lösen verfrucht wurde. Trotzdem sei Dr. Eisler das Verdienst unbestritten, die Frage des Wiederaufbaues der deutschen wissenschaftlichen Literatur in Verbindung mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge für das deutsche Buchdruckgewerbe als erster öffentlich im „Korr.“ angeregt und verfochten zu haben. Das Graphische Kartell in München nahm sich unter Führung der Buchdrucker im weiteren Verlaufe der Dinge dieses Problems fakultätig an, suchte es nach Möglichkeit zu klären, um überflüssigem und zunächst hinderlichem Ballast zu befreien, und unternahm es auch, die entsprechenden Verbindungen mit den Buchdruckerleitern, wissenschaftlichen Kreisen und den Behörden herzustellen. Dabei stellte es sich heraus, daß bei aller Anerkennung der gesunden Idee des Problems auf Unternehmerseite zunächst nicht weniger bedenkliche materielle Hindernisse zu überwinden waren als bei dessen ersten Verfechter. Und es bedurfte noch mancher Sonderberatungen, bis die Sache so weit war, daß sich auch unter Verbandsvorstand und die letzte Gauvorsitzerskonferenz im März d. J. eingehender damit befassen konnten (vgl. Bericht über diese Konferenz in Nr. 34), die sich nach einem kurzen Referat des Gauvorsitzers von Bayern, des Kollegen Hemmerich, einmütig auf den Standpunkt stellten, die Durchführung und Unterfristung des Projektes durch den Verband und seine Untzungen in jeder Richtung kräftig zu fördern. Von da an kam die Gelegenheit in ein lebhafteres Fahrwasser. Und nach mündlichen Vorbereitungen unres Verbandsvorstandes im Reichsarbeitsministerium fand wenige Wochen später (15. April d. J.) die erste grundlegende Konferenz im Reichsamts für Arbeitsvermittlung statt, die zu dem in dem Artikel „Notstandsarbeiten im Buchdruckgewerbe“

(vgl. Nr. 54 des „Storr.“) des Kollegen Schlebs bekanntgegebenem Resultat führte.

Die danach ausgearbeiteten Richtlinien und Grundsätze lassen erkennen, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht nur einer Einschränkung der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe dienen, sondern noch weit wirkungsvoller in den Dienst der wissenschaftlichen Literatur und ihrer Neubelebung gestellt werden soll. Und wir sind überzeugt, daß, wenn insbesondere die in Frage kommenden Unternehmerkreise ihre gegebenen Zusagen bezüglich der Preisberechnung usw. in ehrlicher Weise halten, sie wohl bei dieser Notstandsaktion im Interesse der deutschen Wissenschaft zunächst keine besonderen materiellen Vorteile erkennen werden, daß aber zweifellos die weitere Wirkung der Neubelebung der wissenschaftlichen Forschung durch endliche Herausgabe längst fälliger wissenschaftlicher Literatur nicht nur die Literatur im allgemeinen neu befruchten wird, und zwar durch kritische Nachprüfungen oder dadurch neuausgestellte wissenschaftliche und technische Fortschritte auf geistigen und wirtschaftlichen Gebieten, daß sich dieser vorläufige Verzicht auf den „süßlichen Unternehmerrgott“ sehr bald und vielfach durch Vermehrung der Literatur lohnen wird. Das wird allerdings aber nur dann zu erreichen sein, wenn alle beteiligten Kreise auch tatsächlich dafür Sorge tragen, daß die Preise der auf diesem Wege zur Drucklegung gelangenden Literatur demart verbilligt werden, daß sie von den Interessenten auch gern gekauft werden. Die Tatsache, daß die in Frage kommende technische Kommission, der auch die Preisberechnung obliegt, dem Zarlatime der Deutschen Buchdrucker unterstellt ist, bietet Gewähr dafür, daß bei diesen Notstandsarbeiten keine solche Auswüchse vorkommen, wie dies nach unzähligen Erfahrungen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung bei andern Notstandsarbeiten bisher der Fall war, und zwar insofern, daß bei der Kalkulation solcher Arbeiten von Unternehmerseite jeweils die höchsten Preise berechnet wurden und noch werden, wovon dann in angelegentlich entgegenkommender Weise 20 oder 30 Proz. nachgelassen werden, während in Wirklichkeit auch dann noch sich die Preise der Notstandsarbeiten viel höher stellen als bei normaler Vergütung. Wir haben vielfach Kenntnis davon erhalten, daß Unternehmer bei Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge Kalkulationsmethoden zur Anwendung brachten, die dem sozialen Charakter solcher Arbeiten direkt ins Gesicht schlugen. Wir nehmen an, daß bei den hier in Frage kommenden Notstandsarbeiten im deutschen Buchdruckgewerbe solche Regimen unmöglich sind. Die paritätische Zusammenfassung der betreffenden Berechnungskommission dürfte dies jedenfalls zu verhindern wissen und wahrheitsgemäß auch die Öffentlichkeit über etwaige Schwierigkeiten oder dementsprechende Absichten ihr Urteil fällen lassen, und zwar im Interesse des gesamten deutschen Buchdruckgewerbes, das gerade in dieser Hinsicht eine Kullurmission ersten Ranges zu erfüllen hat und dieser in vorbildlicher Weise gerecht werden muß.

Die in Frage kommende Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dürfte ebenfalls nach dieser Richtung eine scharf beobachtende Störpferchall sein, die es sich nicht nehmen lassen wird, zu gegebener Zeit ihre Meinung über die Durchführung dieser Notstandsaktion in ihrem eignen Interesse der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sollte sich die bürgerliche Presse dieser Begutachtung gegenüber feinerzeit möglicherweise zugeknöpft verhalten, so würde zweifellos die gesamte Gewerkschaftspresse wie auch die politische Arbeiterpresse ihre Mißbillie nicht verlagern, wenn es sich darum handeln sollte, Anstimmlichkeiten auf diesem Gebiete öffentlich zu beleuchten. Auf der andern Seite wird aber auch zu erwarten sein, daß die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft sich bei der Auswahl der mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge herzustellenden Werke nicht in tendenziösen Bahnen bewegt, sondern alle Zweige der wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Literatur in objektiver Weise berücksichtigt. Daß insbesondere nicht Werke, die der einen oder andern wissenschaftlichen Größe nicht ganz in den Streifen passen, in Wirklichkeit aber dennoch den heutigen Zeit- und Selbstesbedürfnissen auf den verschiedensten Gebieten in Wissenschaft, Kunst, Technik, Wirtschaft und Politik dienlich sein können, unberücksichtigt bleiben. Die Führer der deutschen Wissenschaft, soweit sie für das Wirken der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verantwortlich sind, haben in dieser Richtung eine hohe und heilige Aufgabe zu erfüllen. In ihrer Hand liegt der Sichel, der das deutsche Volkstum- und Wirtschaftsleben in bessere und freiere Bahnen lenken kann. Viel ist in der Vergangenheit auf geistigen und insbesondere auf wissenschaftlichen Gebieten an bleibenden Werken geschaffen, leider aber auch fast ebensoviel Talmt erzeugt worden. Die geistige Bildung des gesamten deutschen Volkes bedarf einer gründlichen Vertiefung und Erweiterung. Die sozialen Klassenverhältnisse sind nicht zuletzt Früchte mangelhafter und einseitiger geistiger Schulung von Jugend auf. Alle Handarbeit wird Einheitsarbeit bleiben, wenn nicht Herz und Verstand dabei vernünftig und zielbewußt mitwirken kann. Um so verantwortungsvoller ist daher die Aufgabe, die im Zusammenhange mit der Frage der produktiven

Erwerbslosenfürsorge im deutschen Buchdruckgewerbe die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu erfüllen hat. Wir Buchdrucker sind bereit, alles zu tun, was in untern Kräfte liegt, um in dieser Hinsicht eine Gemeinschaft zwischen Kopf- und Handarbeit im schönsten Sinne des Wortes herzustellen. Wohl drückt uns die Not der Zeit und das elende Los unster erwerbslosen Kollegen kaum minder schwer als die übrige Arbeiterchaft, und menschlich begrifflich dürfte es sein, wenn wir in deren Einreihung in das schaffende Volk mit Hilfe der öffentlichen produktiven Erwerbslosenfürsorge eine der dringendsten sozialen Aufgaben erblicken; aber darüber hinaus erkennen wir Buchdrucker in der damit Hand in Hand gehenden Förderung und Neubelebung der deutschen wissenschaftlichen Literatur eine Kulturtaufgabe, deren Erfüllung bei objektiver Durchführung nicht nur uns selbstliches Brot verschafft, sondern geistige Nahrung dem ganzen deutschen Volk und darüber hinaus allen Menschen auch jenseits der deutschen Grenzen. Das alles liegt im Schoße der produktiven Erwerbslosenfürsorge, und sie dürfte in diesem Sinne zu einem wesentlichen Teil der Lösung der sozialen Frage viel näher führen als viele andere Notstandsarbeiten, deren Kostenpunkt im Verhältnisse zu ihrer beschränkten kulturellen Bedeutung viel zu hoch war und die Reichsfinanzen schon mit ganz ungeheuren Summen belastet hat, ohne eine merkliche Entspannung des Glendes der Erwerbslosen herbeizuführen. Wir begrüßen es daher, daß es endlich gelungen ist, das Problem der produktiven Erwerbslosenfürsorge durch das Buchdruckgewerbe in den Dienst der wissenschaftlichen Forschung zu stellen. Denn von hier aus dürften sich Quellen vorwärtstreibender geistiger Neubelebung erschließen, die Kopf- und Handarbeiter zu kultureller Gemeinschaftsarbeit in ganz anderer Weise als bisher zusammenführen werden.

Darüber hinaus aber bleibt das Problem der Erwerbslosigkeit vorläufig immer noch ein so ernstes und schweres, daß wir diese Stellungnahme zu der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht abschließen können, ohne noch einmal der rationellsten und sichersten Ausmerzung dieses furchtbaren Krebschadens am Körper der menschlichen Kultur und Wirtschaft zu gedenken. Wir erblicken in der gegenwärtigen Haltung des Unternehmertums gegenüber dem Glend der Erwerbslosigkeit eine rücksichtslose und brutale Interessenspolitik, die in schredlichem Widerspruche zur gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage des deutschen Volkes steht. Während früher in klaren Zeiten nur selten zur Entlassung von Arbeitern geschritten wurde und dies nur bei Betrieben und Unternehmern üblich war, ist es heute fast überall „geschäftlich“ geworden, beim geringsten Nachlassen des Eingangs von Aufträgen sofort zu kalkulieren, ob die Möglichkeit zur Verkrüpfung der Arbeitszeit mit entsprechender nachfolgender Reduzierung der Arbeiterzahl möglich ist. Das so oft und vielerorts „Unternehmerlich“ hat sich in ein mechanisches Rechenexempel der Arbeiterentlassung oder Entlassung verwandelt. Der Unternehmer, der heute noch auch bei klarem Geschäftsgang auf Erhaltung eines eingearbeiteten Arbeiterstandes Wert legt, ist zur Ausnahme geworden. Gründliche Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten in den Arbeitsräumen und an den Maschinen sind verpönt und nicht mehr „zeitgemäß“. Je weniger produziert wird, desto höher steigen ja die Preise. Aber je größer die Erwerbslosigkeit, desto höher die unproduktiven Ausgaben für die davon betroffenen Arbeitskräfte, und zwar sowohl für den Staat wie für die Steuerzahler. Dazu dann noch die hohen Warenpreise bei sinkender Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung und auf der andern Seite ständig zunehmende Gewinne des Unternehmertums in Handel und Industrie. In diesen wenigen Sätzen spiegelt sich der ganze und große Unflin der heutigen Wirtschaftsweise wider.

Dabei liegt es doch klar auf der Hand, daß eine großzügige Zusammenfassung aller technisch einigermassen zusammengehörigen Produktionszweige zu einer einheitlichen, sich gegenseitig ergänzenden Produktionsgemeinschaft ungeheure Produktionsvorteile sowohl für diese selbst wie für deren Kundchaft mit sich bringen würde. Durch sachgemäße Einreihung aller gegenwärtig erwerbslos arbeitenden Kräfte in die einzelnen Produktionszweige in Zusammenhang mit einer technisch zweckmäßigen Auftragsverteilung würden alle wirtschaftlich brachliegenden Kräfte zu produktiver Auswirkung kommen können, was eine wesentliche Verbilligung der Produktion und gleichzeitig eine viel schnellere Abtragung der Lasten des Weltkriegs ermöglichen würde. Eine solche soziale und wirtschaftliche Umstellung des gesamten deutschen Produktionsprozesses hat keine größere Schwierigkeiten als jene von der Friedens- in die Kriegswirtschaft. Sie wird im Gegenteil noch viel leichter sein, da die Wirtschaft Deutschlands vom Weltmarkt zum Bezuge von Rohstoffen und zum Abgabe deutscher Produkte durch die Blockade der Kriegszeit längst in Wegfall gekommen ist. Wo noch Hemmnisse in dieser Richtung bestehen, wären sie bei weiterer ernstem

Willen zur Wiedergutmachung un schwer zu beseitigen. Aber eins ist nol. Und das ist der Wille zu dieser Umstellung.

Wo ein Wille, ist auch ein Weg. Und wir erlauben uns hier den Weg zu zeigen: Erwerbslosigkeit eines Arbeiters und Auftragsmangel eines Unternehmers sind Berufsrisiko: anheben oder unfälle. Für jeden Industriezweig bestimme zur Versicherung gegen Betriebsunfälle die Berufsgenossenschaften. Deren Einnahmen ergeben sich im allgemeinen aus einem Umlagerfahren pro Kopf eines Versicherten. Aus diesen Einnahmen werden Verwaltungskosten, Renten und Selbstbehandlung Unfallverlehter bestritten, ebenso die Kosten der Unfallverhütung. In ganz gleicher Weise sollten alle in Berufsgenossenschaften zusammengeschlossenen gewerblichen und industriellen Betriebe zu einer Erwerbsgenossenschaft oder Berufsgenossenschaft zusammengefaßt werden, und zwar zu dem besonderen Zweck, sowohl die für Unternehmer wie Arbeiter aus den Produktionschwankungen sich ergebenden wirtschaftlichen Nachteile auf die Schultern des gesamten Industrie- oder Gewerbezweiges zu übertragen. Die Form der einheitlichen Reichsversicherung würde hierfür zu wenig beweglich, d. h. zu bürokratisch sein. Lasten und Vorteile der gewerblichen Entwicklung werden am besten und im Interesse der gesamten Volkswirtschaft am sichersten von jenen überwacht, die selbst darunter zu leiden oder davon zu profitieren haben. Insbesondere könnten die Kosten dieser Konjunktursicherung durch eine allgemeine Besteuerung der Abnehmer und ausgedrückt werden, die jedoch nur von den Inhabern der Absatzstellen an die Kasse der beruflichen Erwerbsgenossenschaft abzuführen wären, und zwar unter Mitkontrolle der Betriebsräte. Als Abnehmer müßten selbstverständlich auch die über acht Stunden täglich hinausgehenden weiteren Schichten bewertet werden. Dies würde zunächst zu einer wesentlichen Einschränkung der Arbeitsstunden und schließlich zu einer besseren Auftragsverteilung auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage führen. Während diese Arbeitsstundenumlagen neben einem leistungsmäßigen Kopfbeitrag pro Arbeiter aus Betriebsmitteln sicherlich in ausreichendem Maße dazu dienen könnten, Betriebsunternehmer und Arbeiter, die infolge Auftragsmangels für längere oder kürzere Zeit zur Arbeitslosigkeit gezwungen genötigt wären, in gerechter und auskömmlicher Weise über Wasser zu halten. Daß bei einer solchen Regelung des Konjunkturausgleichs kein Anflug getrieben werden kann, wird durch einfache, aber scharfe gegenseitige Kontrolle der Arbeiter wie der Unternehmer im Interesse aller Beteiligten leicht zu erreichen sein. In einer solchen Lösung der Erwerbslosenfrage liegt die Gewähr, daß alle arbeitsfähigen Kräfte stets gleichmäßig produktiv tätig sein können, und daß jede unberechtigte Konkurrenz der Großbetriebe gegen die Klein- oder Mittelbetriebe ausgeschlossen werden kann, indem zur Vermeidung von Arbeitsstunden oder teurer Schichtarbeit entweder eine zweckmäßigere Verteilung der menschlichen Arbeitskräfte oder je nach Maßgabe der vorhandenen Produktionsmittel eine entsprechende Verteilung der Arbeitsaufträge durchgeföhrt würde. Die Errichtung einer solchen Organisation für jeden Industriezweig wäre bei nur einigermaßen gutem Willen innerhalb weniger Wochen durchgeföhrt. Der Staat brauchte nur als oberste Kontrollinstanz in Funktion zu treten; alles andere könnte sich unter weilsichtiger, gleichberechtigter Zusammenarbeit aller Kopf- und Handarbeiter der Unternehmer wie Arbeiterchaft auf autonomer Grundlage regeln, ohne hinter jeden Betrieb einen Geheimeswächter aufstellen zu müssen. Das wäre die beste praktische Selbsthilfe, die in jedem Industriezweige durchgeföhrt werden könnte und zweifellos in absehbarer Zeit die schwere Sorge der Erwerbslosigkeit vollständig überwinden helfen wird. Es wäre die beste produktive Erwerbslosenfürsorge, indem mit allen Mitteln der Wissenschaft und Technik dafür gesorgt wird, daß überhaupt kein deutscher Arbeiter mehr arbeitslos zu sein braucht. Denn nur durch Arbeit kommen wir zur Freiheit!

## Wirtschaftliche Lage und Notwendigkeiten der Saarkollegenschaft

Immer mehr kristallisiert sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung im Saargebiete die Notwendigkeit einer Anpassung für die buchgewerbliche Gebillenchaft nach mehr als nur einer Richtung. Mindestens 70 Proz. aller Lohn- und Gehaltsempfänger haben als Bezüge ihres Einkommens den Franken. So ist der Franken ein sehr bestimmender Faktor im wirtschaftlichen wie öffentlichen Leben an der Saar geworden und seine Einführung als Zahlungsmittel bei Post und Eisenbahn am 1. Mai für Brauch, Fabrik und Porto eine große Belastung für jeden einzelnen, der ihn gegen Mark einzulösen gezwungen ist. Deshalb stellt die Frankorientierung für den Markempfang die frühe Zukunft, da die gesamte Preisbildung bestimmend durch ihn beeinflusst wird und die Finanzierung immer mehr die wirtschaftlich schwächsten Schultern, die der Markempfang, drückt.

Auch im Buchdruckgewerbe hat der Franken seinen Einzug gehalten, wenn auch erst bei einigen Firmen, während eine andere Firma einen monatlichen, besonderen

Ausgleich von 100 Mk. zahlt. Das höchste tarifliche Minimum bei 48stündiger Arbeitswoche beträgt einschließlich aller Nebenbezüge zur Zeit 376 Mk. Vorherwählte Firmen zahlen einen Wochenlohn von 102 bis 115 Fr., was bei dem gegenwärtigen Materialstande des Frankens von 5,40 Mk. einem Wochenlohn von 550,80 bis 621 Mk. gleichkommt. Ob und welche Tendenzen hier noch eine Rolle spielen, kann aus dieser Betrachtung ausfallen; es soll hier lediglich die Tatsache behandelt werden.

Seit einem Jahr ist das Streben und das Ziel aller Wünsche der Gewerkschaft auf dem Kreisamt II, die Sonderzulage abzubauen, ohne daß die Preisgestaltung dahingehend eine Änderung erfahren hätte. Im Mai 1920 wurde die Sonderzulage von 50 auf 32 Mk. für Verleiher und auf 27 Mk. für Ledige gekürzt. Die Gewerkschaft zeigte wenig Verständnis für die Prinzipalsituation, und fast alle Firmen zahlten nach wie vor 50 Mk. Inwiefern aber dieser Abbau „berechtigt“ war, zeigte die Sitzung der Saarsonderkommission am 28. November 1920, wo die tarifliche Sonderzulage von 32 und 27 Mk. auf 85 und 75 Mk. erhöht wurde, dazu noch die Reichsätze von 10, 15 und 20 Mk. Das Gegenteil eines Preisabbaues war eben eingetretten. Bei dem Vorgehen im Februar 1921, bedingt durch die weiter gestiegene Lebenshaltung die Buchdruckerhöhen waren die niedrigsten im Saargebiet, holte die Gewerkschaft weitere 175 Mk. pro Monat heraus. Nun stehen diese Bezüge, ohne daß eine Preislenkung in die Erscheinung getreten ist, zur Diskussion zwischen den Parteien. Bei der noch guten Beschäftigung im Gewerbe kann eine schädigende Wirkung derselben durch die angeblich hohen Löhne (nach der Prinzipalsituation) aber nirgendwo festgestellt werden.

Das Streben des gesamten Unternehmens im besetzten Gebiet ist heute unverkennbar, den Lohnabbau sozusagen unter dem Schutze fremder Balonette zu erzwingen. Dieses ist um so leichter, als über die Hälfte des investierten Industriekapitals ausländisches Kapital ist; es sind so andere Möglichkeiten als früher gegeben. So sucht man im besetzten Gebiete Sachlagen zu schaffen, die in ihrer Wechselwirkung unfehlbar die gesamte Arbeiterschaft auch über dem Rhein zu gegebener Zeit treffen wird.

Bei dem Buchdruckerstreik im Februar d. J. rief die Saarsonderkommission das Arbeitsamt der Saarregierung an, ohne aber dessen Vergleichsvorschlag anzuerkennen; sicherlich aus nationalem Empfinden. Wiederum aus nationalem Empfinden lehnte das Tarifamt das von der Gewerkschaft geforderte, von dem Gewerkschaftsvertreter Vertram (Wien) warm befürwortete Kreisamt für das Saargebiet ab. Unter den gegenwärtigen, äußerst schwierigen Verhältnissen ist das aber eine unbedingte Notwendigkeit, da es praktisch ein Hindernis ist, auswärtige Prinzipale, die die Erfassung und Lebensverhältnisse des heimischen abgelaufenen Spargelbiets nicht kennen, über Wohl und Wehe der Gewerkschaft befinden zu lassen. Von welchen Erwägungen die Gegenseite sich bei Betrachtung dieser Materie leiten läßt, dafür gibt die porletzte Kreisamtsitzung einen schlagen Beweis. Ein Prinzipal auf exponiertem Posten spricht 42mal, gibt den gesamten Verhandlungen sein Stigma, während alle andern anscheinend stumm waren oder zum Schweigen verpflichtet waren. Für eine solche Behandlung der äußerst verwickelten Verhältnisse des Saargebiets hat die Gewerkschaft absolut kein Verständnis.

Selbstfalls hätten wir den Weg in die Öffentlichkeit beschritten und einen Appell an die gesamte Buchdrucker-Gewerkschaft Deutschlands gerichtet, hätte das Tarifamt mehr Verständnis für unser Streben, für unsere Lage hier an der Saar gezeigt. Den abnehmenden Beleid unserer höchsten Instanz in Sachen Erteilung eines Kreisamts lehnt die Gewerkschaft aus nationalem Empfinden ab. Nach wie vor fordert die Saargewerkschaft die Erteilung derselben aus Zusammengehörigkeitsgefühl, ehe es zu spät ist. Wir können nicht deutlicher werden. Auch wir erstreben ein annehmbares Verhältnis zwischen Prinzipalität und Gewerkschaft. Das ist nur möglich, wenn denselben über die Lage befinden, die sie aus dem täglichen Leben und seinen Einwirkungen kennen. Dieses ist bei der hermetischen Abgeschlossenheit des Saarlandes dem Außenstehenden nur in sehr bedingtem Maße möglich. R.

## Verfuchter Mißbrauch des Betriebsrats zu Streikbrecherarbeit

Ein Teil unserer Prinzipale scheint merkwürdige Auffassungen von den Pflichten eines Betriebsrats zu haben, so daß es angebracht erscheint, einen besonderen Fall der Kollegenchaft zu unterbreiten. Der Vorfall verdient um so mehr Beachtung, als die Haltung des Firmeninhabers vom Prinzipalskreisvertreter vor dem Tarifschiedsgerichte noch verurteilt wurde und dadurch erst die „Tariftreue“ der andern Sekt befürchtet wurde.

Zur Sache selbst sei folgendes bemerkt: Am 28. Mai trafen, nachdem Verhandlungen der vorangegangenen Tage kein Resultat gezeitigt hatten, die Buchbinderpersonalen in den Breslauer Buchdruckerbetrieben in den Streik. Der Buchdruckerbetriebsrat erklärte sich besonders hervorhebend zu mühen, indem er sofort den Betriebsrat zu sich berief und von ihm verlangte, er solle seine Einwilligung dazu geben und dahin wirken, daß das genannte Personal bereit sei, die Arbeiten der Streikenden Buchbinder zu verrichten (Papier schneiden, Falzen usw.). Ein Ansuchen, das aber vom Betriebsrat einstimmig abgelehnt wurde. Am jedoch fünfstellten, ob sich unter dem Personal doch noch ein „schwarzes Erbs“ befindet, es keine Arbeiterrechte verleugnet, wurde nach einer gestellten Frist von einer Stunde dieselbe Zumutung an das zu-

ammenberufene Gesamtpersonal gestellt. Aber alles Liebeswerten blieb umsonst, einmütig wies das Personal dies Ansuchen zurück! Nicht als Strafe, sondern nur weil nach Eintreten des Streiks der Betrieb angeblich nicht aufrecht zu erhalten sei, wurde nun das Personal ausgesperrt, trotzdem der Betriebsrat nachweisen konnte, daß das Personal noch einige Tage (ohne zu Streikbrechern zu werden) Arbeit geleistet hätte.

Einer noch am selben Tage vorstellig gewordenen Kommission von Organisations- und Betriebsrat wurde erneut das Streikbrecherangebot gemacht. Auf unsere tarifliche Arbeitsbereitschaft und auf die Pflicht zur Zahlung des ausfallenden Lohnes aufmerksam gemacht, ließ die Firma trotzdem ihre Ansicht nicht fallen. So ging die Angelegenheit an den Schlichtungsausschuß, den wir zur Beteiligung angeworfen hatten. Dort verurteilte die Firma unsere Haltung als Arbeitsverweigerung auszusprechen. Der Schlichtungsausschuß erklärte sich nach längeren Verhandlungen als vorläufig unzulänglich und verwies die Sache an das Tarifschiedsgericht. Dort verurteilte nun die Prinzipalität, allen voran der Prinzipalsratsvertreter, unsere Haltung als Arbeitsverweigerung hinzustellen. Vergleichsvorschläge: Zahlung der zwei Ausprägungstage unter Vorbehalt und Entschädigung durch das Tarifamt, Verrechnung auf die Ferien oder Nacharbeiten eines Teiles der Ausprägungstage, wurden von uns glatt abgelehnt. So mußte nun die Firma die zwei Tage bedingungslos bezahlen, sonst hätten die Geblissen die Arbeit nicht wieder aufnehmen können. Durch die Geblissenheit der Arbeiterschaft wurde der ausgestreckte Fühler der Prinzipalität (ein solcher war es unbedingt) zurückgewiesen. Für die Betriebsratsratsrat aber die Zukunft (denn die Bewegungen der andern graphischen Berufe werden sich wiederholen) neue Probleme, die an der Geblissenheit der Kollegen anzusetzen werden müssen. Pfeilschiff werden auch neue Richtlinien für die Funktionäre notwendig, denn wenn auch Zumutungen wie die hier behandelten einmütig zurückgewiesen werden müssen, so kann es doch Zwischenlagerungen geben, wo die Frage herantritt, ob durch bessere Bewegungen nicht der Rufschiff des Vorgehens beeinträchtigt wird. Mit den kleinsten Mitteln ihn möglichst groß zu gestalten, ist und bleibt die vorteilhafteste gewerkschaftliche Taktik.

Breslau.

Sp.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Ansbach. Inre am 29. Mai abgehaltene Frühjahrsvollversammlung, verbunden mit der Feier des Johannistages, hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Neben einer stattlichen Zahl hiesiger Kollegen waren noch vertreten Nollenburg ob. L. und Gumbertshausen. Bezirksvorsitzender Wurm-dobler begrüßte die Erschienenen, insbesondere unsere Gauvorsitzer. Nach eingehender Berichterstattung des Vorsitzenden über seine Tätigkeit im Bezirke, die gar manches aus Tageslicht brachte, was für alle recht wertvoll war, erteilte er dem Kollegen Hemmerich das Wort, der uns an der Sand packender historischer Rückblicke das ganze Organisationsleben von den ersten Anfängen bis zu den heutigen Kämpfen vor Augen führte. Auch an dieser Stelle dem Kollegen Hemmerich unsern Dank für seine trefflichen Ausführungen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung gab es noch manche Frage, die uns der Gauvorsitzer zu beantworten in der Lage war. Wie weiter die Berichte der anwesenden auswärtigen Kollegen zeigten, ist fast überall tarifliche Disziplin vorhanden, mit Ausnahme von Feuchtwangen, das, wie bekannt, schon lange ein böser Zahn in unserm Betriebe ist. Nach einem maritimen Schlußwort unseres Vorsitzenden mit der besonderen Mahnung an ein festes Zusammenhalten schloß er die Versammlung mit dem Wunsch, am Nachmittags und Abend recht zahlreich dem gemüthlichen Feste der Johannistfeier, dessen Arrangement in einfacher, aber schöner Weise Kollege Angler übernommen hatte, zu kultivieren. Die Johannistfeier, zu der alle Beschäftigten der graphischen Betriebe am Platze eingeladen waren, nahm einen echt kollegialen, schönen Verlauf.

R.-Z. Bonn. Die diesjährige zweite Bezirksversammlung fand am 29. Mai in Hennes a. d. Sieg statt. Infolge der schwierigen Bahnverbindung war die Beteiligung schwach. Bezirksvorsitzender Waldus begrüßte die erschienenen Kollegen des Bezirkes und insbesondere den anwesenden zweiten Gauvorsitzer Löschner. Vor Eintritt in den geschäftlichen Teil gedachte der Vorsitzende des dahingekommenen jungen Kollegen Schuch (Wobesberg) und der Versammlung ehrte dessen Gedächtnis in üblicher Weise. Im Vordergrund stand die noch immer fragliche Sonderzulage für das besetzte Gebiet. Einmütig hielt man den Zeitpunkt des Lohnabbaues für nicht richtig gekommen, zumal die wirtschaftliche Lage immer verzweifelter werde. Nachdem dem Kassierer Einsetzung erteilt war, kam man zum hauptsächlichsten Punkte der Tagesordnung. Gauvorsitzer Löschner referierte über „Die allgemeine Weltwirtschaftslage“, fand reichen Beifall und einen dankbaren Zuhörerkreis. Der Redner verstand es ausgezeichnet, ein interessantes Bild über die Weltwirtschaftslage, die Arbeitslosigkeit in Europa, die Sozialsituation, über den Stand des Graphischen Bundes u. a. mehr zu entwerfen. Kollege Waldus dankte namens der Versammelten dem Referenten in herzlichen Worten und stellte fest, daß sich Kollege Löschner durch sein Referat als neuer Gauvorsitzer angenehm eingeführt habe. Im weiteren Verlaufe der Versammlung konnten die Beteiligten die vollen Fähigkeiten zu überqueren werden. Als nächster Versammlungsort wurde Gushurden bestimmt, worauf dann Gumbertshausen

folgen soll. Einem alten, treuen, schwerkranken Verbandskämpfer wurden 100 Mk. Ertraunterstützung und einem anwesenden Invaliden 30 Mk. bewilligt.

Dessau. (Maschinenseher.) Nach ihnen wie nach außen hin gleich eindrucksvoll und nachhaltig verlief die Vertreterversammlung der Maschinenseher des Gauess An der Saale, die am 29. Mai hier im „Sivoli“ stattfand. Darin, daß nach diesem Gauess zum dritten Male nach dem Streike nach hier verlegte, war zu erkennen, daß, abgesehen von der Rücksichtnahme auf die Kostenverhältnisse, die geschmackvolle und entgegenkommende Aufnahme in Dessau den Versammlungsteilnehmern besonders freudig gelaute. Kollege Fichtenberg (Magdeburg), der für den pflüchlich erkrankten Kollegen Winter den Vorkill übernommen hatte, drückte vor Eintritt in die Tagesordnung in erhabenen Worten dafür den Dessauer Spartenkollegen den Dank und die Anerkennung der Delegierten aus. Der Verlauf der Versammlung brachte nach Entgegennahme des berichtigenden Massenberichts die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Ferner wurde beschlossen, im nächsten Jahre keine Delegierten, sondern eine Gau-Generalversammlung der Maschinenseher abzuhalten und den Teilnehmern die Bahnfahrt prozentual zu vergüten. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Stößen gewählt. Eine, was Fruchtbarkeit anbelangt, besonders dankbare Aufgabe wurde den Delegierten durch den als Referent über „Berufsgenossenschaftliches und Unfallversicherungsrecht“ gewonnenen Kollegen Felix Sach (Weipzig) mit nach Hause gegeben. Das, was er uns Maschinenseher über dieses, auf Statistik und praktischen Erfahrungen aufgebaute Thema zu sagen hatte, dürfte auch so manchem Gewerbetreibenden als angelegentlichste zur Beherzigung empfohlen werden; denn die sanitären Verhältnisse in so manchen Sehmacherräumen liegen auch heute noch sehr im argen. Zwei Sicherungsvorrichtungen für die Vinschpe (siehe darüber die Zusatzaufgabe der „Technischen Mitteilungen“) wählte der Vortragende selbst zu demonstrieren und begründete als das einzige Gute, das uns der Streik gebracht habe, die elektrische Sehmachermaschine, die er, nachdem nun ihre ersten Mängel beseitigt und gute praktische Erfahrungen gesammelt sind, aus Gesundheitsrücksichten überall eingeführt werden möchte. In technischer Hinsicht erwähnte er ferner noch u. a. zwei neue Sehmachermaschinen, und zeigte weiter auf die gewaltigen Abwägungen hin, die das ganze Buchdruckgewerbe vom Offsetverfahren zu erwarten hat. Der starke Beifall lagte dem Kollegen Sach, daß sein mit Liebe und Fleiß zusammengestellter Vortrag die Anwesenden nachhaltig befruchtete. Ein erfrischender Spaziergang durch Dessaus wohlgepflegte Anlagen führte die Teilnehmer an einer entsehbaren Sehbildung vorbei, die in ihrer architektonischen Aufmachung gewiß einzig sein dürfte. Mit einem „Auf Wiedersehen in Röhren!“ verabschiedeten sich die in neugeglückter und neugegründeter Freundschaft verbundenen Kollegen.

Eberswalde. Die diesjährige Bezirksversammlung fand am 29. Mai in Angermünde statt. Vertreten waren die Druckorte Angermünde, Bernau, Eberswalde, Freienwalde, Palewall, Prenzlau und Wriezen. Als Referent war der zweite Verbandsvorsitzende Kollege Kraus erschienen. Das Andenken eines verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Nach dem Vorstandsberichte wurden die Erhöhungen der Lokalzuschläge einer eingehenden Verlesung unterzogen. Wegen den Massenbericht, der gedruckt vorlag, wurden Einwendungen nicht erhoben. Da der Vorsitzende und der Kassierer ihre Ämter niederlegten, weil sie in andere Berufe übergegangen sind, wurde der bisherige Schriftführer Kollege Fritsch als Vorsitzender und Kollege Richard Stieling als Kassierer gewählt. Dem bisherigen Vorstande wurde für geleistete Arbeit die einstimmige Anerkennung der Versammlung ausgesprochen. Nun brachte Kollege Kraus seinen Vortrag zu Gehör über: „Gewerkschaftliche Fragen von heute“. Der Referent verstand es, seine Ausführungen interessant zu gestalten und so alle Anwesende zu fesseln. Leider konnte wegen Mangel an Zeit nicht alles Gesagte zu Gehör gebracht werden. Eine bewegte Diskussion schloß sich dem Vortrag an, worauf der Vorsitzende dem Referenten für die interessanten Ausführungen den Dank der Versammlung aussprach. Aus den Situationsberichten ist folgendes zu erwähnen: Die tariflichen Verhältnisse sind im allgemeinen gut. Nur in Schwedl scheint nicht alles in Ordnung zu sein, weshalb der Vorstand beauftragt wurde, die dortigen Verhältnisse persönlich zu prüfen. In Oberberg sind die Verhältnisse ebenfalls nicht, wie sie sein sollten; auch hier muß erst Wandel geschaffen werden. Das Fahrgeld vierter Klasse konnte allen Kollegen voll zurückerstattet werden, außerdem wurden an zwei anwesende arbeitslose Kollegen je 30 Mk. bewilligt.

Frankenberg i. Sa. In der am 29. Mai für die Mitteldeutschen Augustusburger, Flöha, Frankenberg, Sainichen, Mittweida und Ottendorf hier abgehaltenen Bezirksversammlung, die von 43 Kollegen besucht war, hielt unser neuer Gauvorsitzer, Kollege Verste (Chemnitz), einen Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage im Gewerbe und die Tagungen des Kreisamts und des Tarifsausschusses“. Reicher Beifall lobte dem Referenten. Den interessantesten Ausführungen folgte eine längere Aussprache über hauptsächlich die Provinzialkollegen betreffende tarifliche Angelegenheiten. Vor allen Dingen wurde die Lokalzuschlagsfrage erörtert, die trotz der Verbesserung einiger Verhältnisse nicht voll befriedigte. Kollege Verste gab auf alle angelegentlichsten Fragen ausführliche Antwort und beachtenswerte Ratsschläge. Eine mit Freuden zu begrüßende Neuerung ist die Abhaltung kleinerer Bezirksversammlungen, weil dadurch auch den Provinzialkollegen mehr Gelegenheit gegeben ist, eventu-



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzulieferen.

Beilage zu Nr. 69 — Leipzig, den 18. Juni 1921

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Neues zur Wohnungsfrage

### Mietssteigerungen

Um die Wohnungsnot zu beseitigen und den Bau von Wohnungen zu fördern, wird von gewisser Seite immer wieder die sofortige Aufhebung der Zwangsverpflichtung und die Einführung der freien Wirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens gefordert. Eine derartige Maßnahme würde jedoch keineswegs einen genügenden Anreiz zur Förderung der Bautätigkeit geben, wohl aber eine Steigerung der Mieten auf das **Sechsbis** Fünffache zur Folge haben. Einem nie gekanntem Mietswucher würde Stille und Lär geistlich, namenloses soziales Elend herbeigeführt werden.

Die Zulage auf die Friedensmieten betragen bis vor kurzem nach dem Ergebnis einer Umfrage in den Großstädten 20—40 Proz. Neuerdings werden jedoch ganz beträchtliche Steigerungen vorgenommen. In Berlin z. B., wo bisher 30 Proz. auf die Friedensmiete bezahlt wurden, ist nun ein in Sachen der Höchstmiete von der Stadtverordnetenversammlung gewählter Sachverständigenausschuss 100 Proz. vor; der Magistrat beschloß eine Heraushebung des Höchstmietszulages auf 75 Proz., vorbehaltlich der Befürwortung durch den Oberpräsidenten. Der Staatsrat von Anhalt entschied sich für eine Mietssteigerung von 25 bis 35 Proz. anstelle der bisherigen 20 Proz. Kleinere Reparaturen können aus diesen Mitteln bestritten werden; bei größeren sind die Hausbesitzer berechtigt, über 35 Proz. hinauszugeben. In Leipzig sind 50 Proz. üblich; vereinzelt ist man jedoch bereits über 100 Proz. hinausgegangen. Eine endlose Steigerung der Mieten wäre, wie gesagt, die Folge der Aufhebung der Zwangsverpflichtung. Mit Recht laute gelegentlich einer Besprechung im hiesigen Landtag über die künftigen Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot der Staatskommission für das Wohnungswesen, o. Scheidt, u. a.:

Die Aufhebung der Zwangsverpflichtung für das Wohnungswesen würde uns nur phantastische Mieten bringen und Neubauten würden nur in begrenzter Zahl entstehen.

Wenn werden auch die Mieten nach und nach eine Steigerung erfahren müssen; aber nur, wenn auch die Löhne eine Steigerung erfahren, die es dem unbedeutendsten Mann ermöglichen, neben den notwendigen Ausgaben für Nahrung und Kleidung auch noch erhöhte Ausgaben für den Wohnungszins zu machen. In Bezug auf die Neubauten hört man vielfach, daß solche nicht in Angriff genommen werden können in Anbetracht der hohen Löhne der Bauarbeiter. Ist dies jedoch, daß deren Löhne nur sieben- bis achtfach gestiegen sind, während die Baumaterialpreise 20—100fach im Preise gestiegen sind und die Gelohnenpreise um das 15—20fache erhöht wurden. Wie die minderbemittelte Bevölkerung neben den ins Ungemeine gestiegenen Preisen für die täglichen Bedarfsartikel — wichtige, zum Lebensbedarf unentbehrliche Gebrauchsgüter — müssen um 1500 bis 3000 Proz. teurer bezahlt werden als in der Vorkriegszeit — auch noch die teuren Mieten erdulden soll, ohne ihr Einkommen nennenswert zu erhöhen, bleibt ein Rätsel. Dabei geben die Hausbesitzer strupplos vor und schreien vor den verwerflichsten Mitteln nicht zurück. In Plauen sind von den dortigen Hausbesitzern am 1. April d. J. 5000 Mündigungen ausgesprochen worden, weil der Allgemeine Mieterverband es abgelehnt hatte, vor Schaffung eines allgemeinen Mietvertrags mehr als 20 Proz. Zulage auf die Friedensmiete zu zahlen, und weil er sich vor allem weigerte, die Grundsteuer und die Brandkassenbeiträge auf den Mietszins umzuliegen. Das Mietlingsamt in Plauen hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Leider ist uns der Ausgang dieses Prozesses nicht bekannt geworden. Jedenfalls zeigt aber der Vorgang, daß die Hausbesitzer geschlossen vorgehen und auch über traffe Organisationsstellen verfügen. An den Mietern wird es daher liegen, sich ebenfalls zusammenzuschließen und gegebenenfalls ihre Abwehraktionen im Einverständnis mit den Gewerkschaften vorzubereiten.

Wie unterschiedlich die Preise für die Wohnungen bemessen werden, zeigt folgender Auszug aus einer vor kurzem vorgenommenen bedürftigen Zusammenstellung: Im Januar 1921 betrug der Mietpreis für eine Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, in Berlin durchschnittlich 51 Mk. monatlich, in Köln 55, in München 58, in Leipzig und Frankfurt a. M. 60, in Berlin-Wilmersdorf 70 Mk. pro Monat. Für eine Dreizimmerwohnung wurden im Januar d. J. durchschnittlich bezahlt in Berlin 77 Mk., in Hamburg 66 Mk., in Köln 80 Mk., in München 75 Mk. und in Leipzig 85 Mk. Bemerkenswert an dieser Zusammenstellung ist die Tatsache, daß man in Berlin und Hamburg billiger wohnt als in Leipzig und in Frankfurt a. M.

### Wohnungselend und Bestrebungen zur Linderung der Wohnungsnot

Wie furchtbar der Mangel an Wohnungen ist, ergibt sich, wenn man das Ergebnis der Untersuchungen des Sekretärs für Kommunalisierung und Wohnungswesen

der Sozialisierungskommission, Noack, betrachtet. Danach werden z. B. in Frankfurt a. d. O. 2300 Wohnungen gelocht; 12 Wohnungen konnten in einem Monat nur freigegeben und im Jahre 1920 nur 150 Wohnungen durch Neubauten hergerichtet werden. In Senftenberg wohnen zahlreiche Familien in Waldhütten, auf Hausböden und in Ställen; einige haben sich Unterstände und Holzställe gebaut. Familien von vier bis fünf Personen sind in einem Raum untergebracht, der so eng ist, daß zwei Bestellen übereinandergestellt werden müssen. Von 75000 Haushaltungen in Magdeburg sind 9000 mit dem Suchen von Wohnungen belästigt. Diesen grauenhaften Zuständen gegenüber bleibt kein anderer Weg als derjenige der Vergeßlichkeit des gesamten Wohnungswesens.

Begrüßenswerte Fortschritte hat der Verband sozialer Baubetriebe zu verzeichnen. Nach einem Bericht über den gegenwärtigen Stand der Baubüßenbewegung, welchen der Vorliegende des genannten Verbandes in einer Betrachtung erstattete, betragen zur Zeit mehr als 170 soziale Baubetriebe mit etwa 20000 Arbeitern. Auf den einzelnen Betrieb entfallen ungefähr 120 Arbeiter. Gegenwärtig wird in den sozialen Baubetrieben mit einem Stammkapital von ungefähr 15 Mill. Mark gearbeitet; dazu kommt noch das Kreditkapital. Am 1. April d. J. bestanden in Deutschland 15 Baubüßen mit 11 Zweigstellen. Der Verband sozialer Baubetriebe ist mit einem Stammkapital von 5 Mill. Mk. gegründet worden. Der Deutsche Bauarbeiterverband ist die eigentliche treibende Kraft bei dieser Art von Sozialisierung. Inzwischen sind dem Verbands von den Gewerkschaften, insbesondere vom Deutschen Bauarbeiterverband und dem Fabrikarbeiterverband, weitere Mittel — rund 1 Mill. Mk. — als Betriebskapital zugesprochen. Zur Stärkung der sozialen Baubetriebe sind im letzten Halbjahr zehn Baubüßenbetriebsverbände, die sich auf Nord- und Süddeutschland gleichmäßig verteilen, gegründet worden, und zwar mit einem Stammkapital von 4,5 Mill. Mk.

Unter dem Namen „Wohnungshilfe“ ist vor kurzem in Berlin eine Vereinigung gegründet worden, die den Zweck verfolgt, Gemeinlichkeitshäuser zu erbauen und in diesen Häusern ihren Mitgliedern Wohnungen zur Verfügung zu stellen, soweit dieselben sich an den Herstellungskosten beteiligen. Die Beteiligungsschichten werden den Wohnungsinhabern hauptberuflich auf dem Hause selbst gestellt. Eine Mietszahlung für die Wohnungen kommt nicht in Frage; dafür sind die Wohnungsinhaber jedoch gehalten, sich an den allgemeinen Hausunterhaltungskosten zu beteiligen. Das erste derartig bewirkte Gemeinlichkeitshaus wird am Wilmersdorfer Gebiet gebaut und soll im Frühjahr 1922 bezogen werden. 170 Wohnungen, bestehend aus ein bis zu fünf Zimmern, wird dieses Gebäude enthalten.

Bei dieser Gelegenheit sei auf die Unterfütterung hingewiesen, die seitens der Regierung demjenigen zugesichert ist, der sich in irgendeiner Form an der Errichtung von Kleinwohnungen beteiligt. Nach der Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 24. März 1921 dürfen die Beiträge, die zur Errichtung von Kleinwohnungen verbraucht werden, bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens in ihrem ganzen Umfange von dem Steuerpflichtigen in Abzug gebracht werden. Alle Ausgaben, die in den Jahren 1920—1923 für den Neubau eigener Kleinwohnungen gemacht werden, fallen unter das Gesetz, vorausgesetzt, daß die Verwendung der in Betracht kommenden Bauten als Kleinwohnungen mindestens 15 Jahre lang gesichert ist; ebenso alle Beträge, die in der angegebenen Zeit gemeinnützigen Vereinigungen zugeflossen, die sich ausschließlich mit der Förderung des Kleinwohnungsbaues beschäftigen.

### Die Wohnungsluxussteuer in Berlin

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde vor einiger Zeit mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien gegen diejenigen des geeinten Bürgerblocks eine Wohnungsluxussteuer zum Beschluß erhoben, deren Erlös lediglich für Zwecke der Wohnungsfürsorge verwendet werden soll. Die Steuer beträgt jährlich 500 Mk. für einen Wohnraum über den Normalbedarf, 1000 Mk. bei zwei Räumen, 2000 Mk. bei drei Räumen, 5000 Mk. bei vier, 10000 Mk. bei fünf Räumen über den Normalbedarf, für jeden weiteren Wohnraum 5000 Mk. mehr. Als „Normalbedarf“ der Wohnräume ist die um eins vermehrte Zahl der zum Hausstande des Wohnungsinhabers gehörigen Personen gedacht. Steuerfrei ist demnach z. B. für ein Ehepaar mit zwei Kindern eine Wohnung mit fünf Räumen (zwei Stuben, zwei Kammern, eine Küche). Räume mit mehr als 60 qm Bodenfläche gelten als zwei Wohnräume. Gleichseitig nahmen die Stadtverordneten eine Entschloßung an, nach der bei der Reichsregierung auf eine Erweiterung des Rechtes der Gemeinde zur Beschlagnahme, Zwangssein- und -ausquartierung hingewirkt werden soll.

## ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

**Schleusenprüfung.** In der Fachschule für Buchdrucker zu Würzburg fand nach vorausgehender praktischer Prüfung am 2., 3. und 4. Juni die Schlußprüfung am Sonntag, dem 5. Juni, statt. Von 10 Exerzierbrüderlingen (2 von auswärts) bestanden die Prüfung 3 mit „Gut“, 6 mit „Genügend“, 1 mit „Noch genügend“. Von 9 Druckerbrüderlingen (1 von auswärts) erzielten 5 die Note „Gut“, 2 „Genügend“, 1 „Noch genügend“, 1 bestand nicht.

Joseph Polacek, ein fasscher Reisender. In Potsdam stellte sich vor einigen Tagen ein reisender Drucker Joseph Polacek mit seinem 15jährigen Sohn vor, der außer einem Paß in sächsischer Sprache keinen andern Ausweis hatte, weil ihm angeblich seine Verbandspapiere genommen worden seien. Er gab an, wegen Beteiligung an einem Streik in Saarbrücken aus dem Saargebiet ausgewiesen worden zu sein. Aus verbleibenden Blättern, die er noch vorzeigte, ging hervor, daß J. P. in Oldenburg und in Hamburg in verchiedenen Druckerereien schon für ihn gefamelt worden sei. Auch in Potsdam erfuhr er um solche Unterfertigungen. Nachträgliche Erkundigung in Saarbrücken ergab das Resultat, daß die Angaben Polaceks unwahr sind; er ist dort unbekannt und die Behörden haben auch keinen Buchdrucker wegen Streikbeteiligung ausgewiesen. Damit im Interesse der ehrlichen reisenden Kollegen die Spreu vom Weizen getrennt werde, geben wir dies bekannt.

**Staatsanwaltliche Kenntnis des gewerblichen Aufschwungs.** Vor einigen Wochen wurde in der Tagespresse berichtet, daß die Staatsanwaltschaft von Sempden den gelamten Vortag der Merkerischen deutsch-französischen Sprachlehrbücher wegen angeblicher Verächtlichmachung des Deutschlums beschlagnahmt habe. Ausländische Setzungsartikel, die in der betreffenden Methode teilweise als praktischer und aktueller Lehrstoff verwendet wurden, von denen jedoch bekanntlich der größte Teil in deutsch-sächsischer Sprache gehalten war und noch ist, haben den Staatsanwalt entweder aus eigenem Antrieb oder auf Betreiben deutsch-österreichischer Gesinnungsstrategen mobil gemacht. Sowie eine psychologische Verirrung, hießen oder dröhnen in Frage käme, hätten wir, keine Ursache, der Angelegenheit größere Bedeutung beizulegen; viel wichtiger scheint uns die wirtschaftliche Schädigung, die durch dieses Vorgehen eines Staatsanwaltes dem Buchdruckgewerbe zugefügt wurde. Denn die Beschlagnahme des Setzmaterials, das für den Druck der beanstandeten Setzungsartikel in den betreffenden Lehrbüchern gedient hatte, genügt dem Staatsanwalt nicht. Es wurde das gesamte Setzmaterial beschlagnahmt und auf die Polizei geschafft, also auch die Teile der Methode, die der Staatsanwalt als einwandfrei begutachtet hatte. Auf diese Weise ist durch Beschlagnahme und teilweise Zerfrierung von fast tausend Seiten Satz ein Schaden verursacht worden, der rund 100 000 Mk. betragen dürfte. Ein ebenso großer Schaden ist dadurch entstanden, daß das Unternehmen in doppelter Hinsicht völlig lahmgelegt wurde: durch Beschlagnahme aller Bücher, auch der völlig einwandfreien, ist der Geschäftsbetrieb fast ganz unterbrochen. Die Fertigstellung der englischen Ausgabe, die im Mai beendet gewesen wäre, wurde unmöglich gemacht. An die geplante Drucklegung einer spanischen Ausgabe kann nicht mehr gedacht werden. Denn wer sollte unter diesen Umständen, wenn viele Tausende von Büchern, die nur den Namen „Methode Merker“ tragen, sonst keinerlei beanstandete Stellen enthalten, beschlagnahmt werden, das Risiko übernehmen wollen, für den Druck weiterer Lehrbücher finanzielle Aufwendungen zu machen?

**Die Behämpfung von Faltschneidfabriken.** Vor kurzem erbat die Faltschneidfabrik der deutschen Reichsbank, daß die Sadowische Drucker in Althenberg als Faltschneidfabrik funktionierte, weshalb diese Druckerei polizeilich aufgehoben und die Schuldburgen zur Rechenschaft gezogen werden. Im Anschluß daran wurden drei weitere Faltschneidfabriken in Breslau, Hannover und Wiesbaden aufgehoben und fünf Faltschneidfabriken dieser Werkstätten verhaftet. Damit schienen nun insbesondere die Quellen der falschen polnischen Tausendmarkcheine unschädlich gemacht zu sein. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch erwähnen, daß sich die Faltschneidfabrik der Reichsbank bei der Behämpfung von Minsverbrechen auf sehr eigenartigen Bahnen bewegt. Ein Kriminalkommissar v. Liebermann, dem dieses Verbrechen unterstellt ist, glaubte sich in seinem bürokratischen Eifer sehr nachteilig über die Einstellung von Arbeitskräften für die Reichsdruckerei vom Arbeitsnachweis ausprechen zu müssen. Im „Berliner Tageblatt“ ließ dieser Mann einen Artikel vom Stapel, worin er u. a. schrieb: Der Arbeiterstand (der Reichsdruckerei) war früher ein kleiner, die Arbeitsstelle vererbte sich vom Vater auf den Sohn, die Beschäftigung in der Reichsdruckerei war eine Empfehlung, der selten Schande gemacht wurde. Es lie ein gutes Zeichen für den Geist, der noch in der Reichsdruckerei walte, daß noch in keinem Falle das dort verwaltete Material von Gelddruckplatten und Banknotenpapier zu Fälschungen

